

Wahlprüfsteine 2026

Themenblock: Schulische Inklusion, Reizschutz und alternative Bildungswege

1. Inklusionsverständnis und Realität

Trotz der Verpflichtung zur inklusiven Bildung erleben viele neurodivergente und reizfiltergeschwächte Schüler*innen im bestehenden Schulsystem Überforderung, psychische Belastungen und Bildungsabbrüche – oft trotz vorhandener Begabungen.

Wie definiert Ihre Partei gelingende schulische Inklusion, und welche Verantwortung sieht sie beim Land, Kinder und Jugendliche vor strukturell ungeeigneten Lernbedingungen zu schützen und den Verlust von Bildungspotenzialen zu verhindern?

2. Homeschooling und alternative Lernformen

In anderen europäischen Ländern existieren staatlich regulierte, kostenfreie und qualitätsgesicherte Formen von Homeschooling oder hybriden Bildungsmodellen. In Deutschland sind solche Angebote stark eingeschränkt und meist nur privat zugänglich.

Ist Ihre Partei bereit, sich auf Landesebene für rechtssichere, staatlich begleitete und kostenfreie Formen von Homeschooling oder hybriden Lernmodellen einzusetzen, wenn diese nachweislich dem Kindeswohl und der Bildungsbeteiligung dienen? Wenn ja: unter welchen Voraussetzungen? Wenn nein: warum nicht?

3. Diagnostik, Anerkennung und Zugang zu Unterstützung

Viele Familien berichten von langen Wartezeiten, unklaren Zuständigkeiten und hohen Hürden, bevor Bedarfe anerkannt und Unterstützungsleistungen gewährt werden.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um frühzeitig, niedrigschwellig und unabhängig Bedarfe von Kindern festzustellen und daraus passgenaue schulische oder außerschulische Bildungsangebote abzuleiten?

4. Psychische Gesundheit und Schulverantwortung

Meltdowns, Shutdowns, psychosomatische Beschwerden und Schulvermeidung werden häufig individualisiert oder sanktioniert, statt als Zeichen struktureller Überlastung verstanden.

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass psychische Belastungen im schulischen Kontext nicht primär als Verhaltensproblem bewertet werden, sondern als Hinweis auf notwendige strukturelle Anpassungen im Bildungssystem?

5. Lehrer*innenbildung und Systemkompetenz

Inklusion scheitert nicht selten an fehlender Ausbildung, Zeit und Handlungssicherheit bei Lehrkräften.

Welche konkreten Veränderungen plant Ihre Partei in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, um Kompetenzen im Umgang mit Neurodivergenz, Reizverarbeitung und alternativen Lernformen systematisch zu verankern?

6. Landesweite Konzepte statt Einzelfalllösungen

Derzeit hängen tragfähige Lösungen oft vom Engagement einzelner Schulen oder Kommunen ab.

Setzt sich Ihre Partei für ein landesweites, verbindliches Konzept zu inklusiver Bildung für neurodivergente und körperlich behinderten Schüler*innen ein – inklusive klarer Zuständigkeiten, Finanzierung und Qualitätsstandards?

7. Anerkennung, Gebärdensprache und Teilhabe gehörloser Menschen

In Hamburg hat das Landesparlament in einem breiten Antrag das jahrzehntelange Unrecht an gehörlosen Menschen – insbesondere durch das Verbot der Gebärdensprache in Bildungseinrichtungen und dessen langfristige Folgen – öffentlich anerkannt und eine politische Aufarbeitung, Entschuldigung sowie verbesserte Unterstützung gefordert.

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei auf Landesebene, um historische Benachteiligungen gehörloser Menschen anzuerkennen, die Anwendung und Förderung der Deutschen Gebärdensprache in Bildung, Verwaltung und Gesellschaft sicherzustellen und künftig strukturelle Barrieren in Kommunikation und Teilhabe systematisch abzubauen?

Themenblock: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Rheinland-Pfalz

8. Verbindlichkeit statt Bekenntnisse

Die UN-BRK ist geltendes Recht. Dennoch berichten Betroffene von erheblichen Umsetzungsdefiziten in zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Wohnen, Arbeit und Gesundheit.

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die UN-BRK in Rheinland-Pfalz nicht nur als Leitbild, sondern als verbindlicher Maßstab für Landespolitik, Gesetzgebung und Verwaltungspraxis angewendet wird?

9. Politische Verantwortung auf Landesebene

Zuständigkeitsfragen zwischen Land, Kommunen und Leistungsträgern führen häufig zu Verzögerungen und zu einer faktischen Einschränkung von Teilhaberechten.

Wo sehen Sie die konkrete Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung der UN-BRK – auch dort, wo Aufgaben formal bei Kommunen oder anderen Trägern liegen?

10. Überprüfung bestehender Landesgesetze

Mehrere landesrechtliche Regelungen stehen in der Kritik, Teilhabe eher zu regulieren als zu ermöglichen.

Plant Ihre Partei eine systematische Überprüfung bestehender Landesgesetze (z. B. im Bereich Wohnen, Teilhabe, Eingliederungshilfe) auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-BRK? Wenn ja: mit welchem Verfahren und unter wessen Beteiligung?

11. Beteiligung als Menschenrecht

Die UN-BRK fordert die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen.

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf Landesebene nicht symbolisch, sondern wirksam, barrierefrei und kontinuierlich erfolgt?

12. Monitoring und Transparenz

Ohne messbare Ziele bleibt Fortschritt schwer überprüfbar.

Befürwortet Ihre Partei ein unabhängiges, öffentlich zugängliches Monitoring zur Umsetzung der UN-BRK in Rheinland-Pfalz? Wie soll Transparenz über Fortschritte und Defizite hergestellt werden?

Themenblock: Eingliederungshilfe, Verlässlichkeit und Teilhabesicherheit

13. Planungssicherheit für Betroffene und Träger

Unsichere Finanzierungs- und Vertragslagen gefährden bestehende Angebote und verhindern neue, bedarfsgerechte Strukturen.

Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um Planungssicherheit für Menschen mit Beeinträchtigungen, ihre Familien und Leistungserbringer langfristig zu gewährleisten?

14. Bearbeitungsstau und Verwaltungsstrukturen

Lange Verhandlungs- und Bearbeitungszeiten führen zu Angebotsausfällen und Existenzrisiken.

Wie will Ihre Partei auf Landesebene dafür sorgen, dass Verhandlungs- und Bewilligungsverfahren in der Eingliederungshilfe deutlich beschleunigt und verbindlich strukturiert werden?

15. Übergänge und Zuständigkeiten (U18 / Ü18)

Brüche beim Übergang ins Erwachsenenalter führen häufig zu Versorgungslücken.

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Zuständigkeitswechsel (z. B. beim Übergang von U18 zu Ü18) nicht zu Nachteilen für junge Menschen mit Beeinträchtigungen führen?

Themenblock: Feministische Perspektive, Behinderung und Intersektionalität

16. Schutz vor Gewalt und Abhängigkeit

Frauen mit Behinderungen sind in besonderen Wohnformen und Werkstätten erhöhten Risiken ausgesetzt.

Welche konkreten gesetzlichen oder strukturellen Verbesserungen plant Ihre Partei, um den Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen in Einrichtungen und besonderen Wohnformen zu

stärken?

17. Selbstbestimmung und reproduktive Rechte

Barrieren in der Gesundheitsversorgung schränken Selbstbestimmung ein.

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu gynäkologischer Versorgung, Beratung, Familienplanung und reproduktiver Selbstbestimmung haben?

18. Intersektionale Landespolitik

Geschlecht, Behinderung, Herkunft, sexuelle Identität, Alter und soziale Lage wirken zusammen.

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Landespolitik diese Mehrfachdiskriminierungen systematisch berücksichtigt – und nicht isoliert nach einzelnen Kategorien handelt?

Themenblock: Politische Teilhabe und Selbstvertretung

19. Mitreden statt vertreten werden

Politische Entscheidungen werden häufig ohne echte Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen getroffen und sind zugleich oft nicht barrierefrei zugänglich.

Welche strukturellen Veränderungen plant Ihre Partei, um Menschen mit Behinderungen reale und verbindliche Mitspracherechte zu sichern und politische Beteiligung auf Landesebene – einschließlich der eigenen Parteiarbeit – barrierefrei, zugänglich und inklusiv zu gestalten?

20. Abgrenzung von exkludierender Politik

Öffentliche Debatten stellen Teilhaberechte zunehmend infrage.

Woran können Menschen mit Behinderungen konkret erkennen, dass Ihre Partei sich klar gegen politische Positionen stellt, die Teilhabe, Selbstbestimmung und Menschenrechte relativieren oder einschränken?

Themenblock: Herausforderungen im Umgang mit Post-COVID, Post-Vac und ME/CFS

In Rheinland-Pfalz leben zahlreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit schweren postinfektiösen Erkrankungen. Viele von ihnen sind erheblich in ihrer Bildung, Erwerbsfähigkeit, gesundheitlichen Versorgung sowie sozialen Teilhabe eingeschränkt. Trotz bestehender Rechtsansprüche zeigen sich in der Praxis strukturelle Versorgungslücken, bürokratische Hürden und Unsicherheiten in der sozialrechtlichen Bewertung.

Wir möchten Ihnen nachfolgend komprimierte Leitfragen zu den Bereichen soziale Teilhabe, Bildung, Arbeit sowie gesundheitliche Versorgung und Forschung übermitteln und bitten um Ihre Positionierung.

21. Soziale Teilhabe

- Wie wollen Sie den barrierearmen Zugang zu Pflege, Assistenz, Hilfsmitteln und Sozialleistungen für Betroffene vereinfachen?
- Wie stellen Sie sicher, dass Begutachtungen nach aktuellem wissenschaftlichem Stand erfolgen und Leistungen wie Pflegegrad, GdB oder Erwerbsminderungsrente verlässlich gewährt werden?
- Welche Maßnahmen planen Sie zur Vermeidung von Isolation und zur Förderung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote?
- Wie wollen Sie Öffentlichkeit, Arbeitgeber, Schulen und medizinisches Personal sensibilisieren?

22. Bildung

- Wie gewährleisten Sie das Recht auf Bildung für Schüler, die krankheitsbedingt nicht regelmäßig am Präsenzunterricht teilnehmen können?
- Wie sichern Sie flexible, krankheitssensible und ggf. asynchrone Lernformate verbindlich ab?
- Wie werden medizinische Einschätzungen zu Belastungsgrenzen rechtlich anerkannt und Bildungswege abgesichert?
- Wie wird das Prinzip des Belastungsschutzes („Pacing“) strukturell im Schulalltag berücksichtigt?

23. Arbeit und soziale Absicherung

- Wie fördern Sie flexible Arbeitsmodelle und sensibilisieren Arbeitgeber für die besonderen Bedarfe Betroffener?
- Wie gewährleisten Sie zeitnahen Zugang zu geeigneter Rehabilitation, vereinfachten Verfahren und ggf. beruflicher Neuorientierung?
- Wie stellen Sie eine verlässliche soziale Absicherung bei teilweiser oder vollständiger Erwerbsunfähigkeit sicher?

24. Gesundheitliche Versorgung und Forschung

- Wie sichern Sie eine flächendeckende, am aktuellen Forschungsstand orientierte Versorgung in Praxen, Kliniken und im häuslichen Bereich?
- Wie wollen Sie Forschung zu Ursachen und Therapien gezielt stärken und die Übertragung von Erkenntnissen in die Praxis verbessern?
- Wie stellen Sie angemessene Fortbildungsangebote für medizinisches Personal sicher?
- Welche Maßnahmen planen Sie zur Prävention und Aufklärung, um Neuerkrankungen zu reduzieren?

Themenblock: Allgemeine Herausforderungen

25. Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe; dennoch bestehen weiterhin strukturelle Barrieren im öffentlichen Verkehr, die mobilitätseingeschränkte Menschen faktisch ausschließen oder ihre selbstbestimmte Nutzung erheblich erschweren.

Welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei, um den barrierefreien Zugang und die verbindliche, flächendeckende Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel sicherzustellen?

26. Psychiatrische Versorgung und bedarfsgerechte Wohnangebote

In der Praxis zeigt sich ein erheblicher Mangel an niedrigschwelligen psychotherapeutischen Angeboten, zeitnaher psychiatrischer Versorgung sowie an spezialisierten Wohnangeboten für

Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen, wodurch notwendige Unterstützung häufig nicht oder zu spät erfolgt.

Wie werden Sie diesem strukturellen Versorgungsdefizit politisch begegnen und welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungs- und Wohnstrukturen?

